

Zeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Verkehrsamt: Dornum.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 46

Dienstag, den 16. Februar 1937

Jahrgang 1937

Großes Befriedungswerk des Führers für die Deutsche Evangelische Kirche.

Einberufung einer verfassungsgebenden Generalsynode.

Ein Erlass des Führers an den Reichskirchenminister.

WV Berchtesgaden, 15. Februar.

Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, Herr L., hielt am Montag dem Führer Vortrag über die kirchenpolitische Lage.

Der Führer gab im Anschluß an den Vortrag folgenden Erlass heraus:

Erlass des Führers und Reichsanzlangers über die Einberufung einer verfassungsgebenden Generalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche.

Nachdem es dem Reichskirchenauschuß nicht gelungen ist, eine Einigung der kirchlichen Gruppen der Deutschen Evangelischen Kirche herbeizuführen, soll nunmehr die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des kirchlichen Volkes sich selbst die neue Verfassung und damit eine neue Ordnung geben. Ich ermächtige daher den Minister für die kirchlichen Angelegenheiten, zu diesem Zweck die Wahl einer Generalsynode vorzubereiten und die dazu erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Berchtesgaden, den 15. Februar 1937.

Der Führer und Reichsanzlinger.
(gez.): Adolf Hitler.

Wer die Vorgänge und Strömungen in der Deutschen Evangelischen Kirche in den letzten Jahren auch nur einigermaßen verfolgt hat, dem wird es klar sein, daß der Erlass des Führers und Reichsanzlangers über die Einberufung einer verfassungsgebenden Generalsynode für die Zukunft der evangelischen Kirche in Deutschland von größter Bedeutung ist. Denn nunmehr soll sie, nachdem auch der Reichskirchenauschuß die Einigung der kirchlichen Gruppen nicht fertig gebracht und darum seinen Rücktritt erklärt hat, aus eigener Kraft die notwendige Ordnung herbeiführen, und dazu bietet der Erlass die Grundlage. Das Reich lehnt es ab, sich in die inneren Angelegenheiten der Kirche, insbesondere in das Verhältnis, einzumischen. Im Interesse der staatlichen Ordnung liegt es natürlich, daß Beziehungen auf innerkirchlichem und religiösem Gebiet beseitigt werden. Dazu bietet der Staat, wie es schon die Vertrauensstellung des Reichsministers L. mit den kirchlichen Angelegenheiten und seine ganze Amtsführung gezeigt hat, seine Hilfe; aber seine Aufgabe sieht der Staat nicht in der Befassung mit innerkirchlichen Angelegenheiten, sondern in der Erfüllung weltlicher Aufgaben. So zeigt der Erlass des Führers, daß der Staat auch die Gestaltung der äußeren Form der evangelischen Kirche nicht selbst vorzunehmen gedenkt, er legt sie vielmehr in die Hand der Kirche, indem er dem evangelischen Kirchenvolk Gelegenheit gibt, im Wege einer auf kirchlichem Boden stattfindenden Wahl, die von den kirchlichen Stellen vorbereitet und geleitet werden soll, zum Ausdruck zu bringen, welche Form künftig die evangelische Kirche in Deutschland haben soll. In voller Freiheit soll die Kirche nach eigener Bestimmung des kirchlichen Volkes sich selbst die neue Verfassung und damit eine neue Ordnung geben. Die Generalsynode, die gewählt werden soll, wird diese Verfassung ausarbeiten und, darauf fußend, dann der Deutschen Evangelischen Kirche die Leitung zu geben haben, die das Kirchenvolk wünscht. Bis dahin werden, wie wir erfahren, die bisherigen Kirchenleitungen, gleich welcher Richtung sie sind, als legal anerkannt werden. Die staatliche Mitwirkung zur Herbeiführung der Neuordnung beschränkt sich auf das Notwendige; sie wird lediglich darin bestehen, daß der Reichskirchenminister eine Wahlordnung erläßt. Auf die Wahl selbst wird der Staat keinerlei Einfluß nehmen.

Zu den Bemühungen des Führers um die Sicherung und Stärkung des Weltfriedens gefügt sich in diesem Erlass erneut sein Bestreben um die Befriedung im Innern. Politisch ist das deutsche Volk durch den Nationalsozialismus geeint. Es ist das einheitliche Reich geschaffen worden. Die Länder haben ihre Souveränität aufgeben müssen, aber die auf ihrem Boden entstandenen Landeskirchen bestehen noch weiter, und noch heute ist die Frage, die sich schon alsbald nach der Machtübernahme erhob, die Frage, was aus der in zahllose kleine Landeskirchen zerfallenen evangelischen

Kirche in Deutschland werden sollte, nicht gelöst. Um der Kirche eine Spitze zu geben, unter deren Schutz sich vielleicht allmählich die Einigung der Landeskirchen hätte vollziehen können, wurde ein Reichsbischof bestimmt. Aber der Versuch, auf diesem Wege zu einer Einigung zu kommen, führte nicht zu dem gewünschten Ziel. Um den Weg für eine Einigung freizuhalten, enthielt sich schließlich der Reichsbischof aller seiner Funktionen. Die Leitung der Kirche übernahm ein aus ergrauten Kirchenführern bestehender Reichskirchenauschuß, dessen Mitglieder den verschiedenen Kirchenrichtungen nahestanden. Entsprechend dem Reichskirchenauschuß übernahmen in den vielen Landeskirchen Landeskirchenauschüsse die geistliche Leitung. Doch die Bemühungen des Reichskirchenauschusses um eine Einigung innerhalb der evangelischen Kirche blieben erfolglos, weil die einzelnen Fronten sich inzwischen immer mehr verhärtet hatten und heute niemand mehr

weiß, in welchem Maße das Kirchenvolk selbst sich zu den Bestrebungen der einzelnen Richtungen positiv oder negativ verhält. Zu den Grundfragen des nationalsozialistischen Staates gehört es, daß das Volk jedes Handelns der Wille des Volkes ist. Und dieser Grundgedanke wird auch auf das evangelische Kirchenvolk Anwendung finden. Es ist aufgerufen, unter dem Schutz des Staates durch die Generalsynode dem Zustand der Uneinigkeit ein Ende zu bereiten, der schwere Gefahren für die Zukunft der Kirche heraufbeschworen hat. Und jeder, dem Deutschland und sein einziges Volk Verhängnis ist, wird den Wunsch haben, daß es auf der vom Führer gegebenen Basis gelingen wird, die Reibungen zu beseitigen, die das innere Leben der Deutschen Evangelischen Kirche so empfindlich beeinträchtigen.

Nur eine energische Politik kann hier helfen!

Anfragen an den britischen Außenminister über die kommunistische Wählerarbeit.

Englands platonische Gesten gegenüber Moskau sind zwecklos.

London, 15. Februar.

Die kommunistische Wählerarbeit in England war am Montag erneut Gegenstand einer Anfrage im Unterhaus, wobei von Regierungseite erstmalig amtlich zugegeben wurde, daß sich die III. Internationale auch in England zum mindesten propagandistisch betätigt.

Der konservative Abgeordnete Ramsay wollte wissen, ob sich der Außenminister der Tatsache bewußt sei, daß die III. Internationale nach wie vor aktiv damit beschäftigt sei, in England eine Revolution zu schüren und Unruhestörungen hervorzurufen. Er fragte ferner, ob der Minister im Hinblick auf die Tatsache, daß der größte Teil des Geldes der III. Internationale von der Regierung der Sowjetunion stamme, die Aufmerksamkeit dieser Regierung darauf lenken wolle, daß sie sich an ihre Verpflichtung, in England keine Propaganda zu treiben, nicht gehalten habe.

Als Vertreter des englischen Auswärtigen Amtes erwiderte Lord Cranborne, er sei sich bewußt, daß sich die III. Internationale durch die kommunistische Partei in England propagandistisch betätige. Diese Angelegenheit sei bereits mehrfach der Sowjetregierung zur Kenntnis gebracht worden, die ihrerseits unverändert

lich die Verantwortung hierfür bestritte. Die britische Regierung habe einseitig klargestellt, daß sie sich mit dieser Antwort nicht zufrieden geben könne, und daß sie auch in Zukunft fortfahren werde, bei der Sowjetregierung energische Vorstellungen hinsichtlich jedes Falles zu erheben, der ihr zur Kenntnis gebracht werde.

Der konservative Abgeordnete Sir Davidson fragte hierauf, was für einen Zweck derartige Vorstellungen hätten, wenn die britische Regierung der Sowjetregierung gleichzeitig große Summen Geldes borge.

Anschließend fragte der Abgeordnete Ramsay, ob der Außenminister wisse, daß die Dritte Internationale auch aktiv die Weltrevolution schüre. Mit der Begründung, daß diese Körperhaft den größten Teil ihrer Gelder von der Regierung der Sowjetunion erhalte, forderte Ramsay den Außenminister auf, die Angelegenheit in Genf zur Sprache zu bringen, damit die dort vertretenen Länder sich im Verein gegen diesen Angriff auf die Politik und die Ideale des Völkerbundes zu Wehr setzen könnten.

Auch in Beantwortung dieser Frage gab Lord Cranborne zu, daß er die Ziele und die Tätigkeit der Dritten Internationale kenne. Die britische Regierung sei jedoch nicht der Ansicht, daß es nützlich sein würde, wenn die Frage der Tätigkeit der Dritten Internationale ausdrücklich in Genf aufgeworfen würde.

Ramsay erklärte nach dieser Auskunft, auf die derzeitigen Machtverhältnisse in Sowjetrußland würde nur die Androhung energischer Maßnahmen Eindruck machen und sonst nichts.

Göring nach Polen abgereist.

DNB Berlin, 15. Februar.

Ministerpräsident Generaloberst Göring verließ Montagabend mit dem fahrplanmäßigen Zug Berlin, um sich der Einladung des polnischen Staatspräsidenten Mosciński Folge leistend, zur Staatsjagd nach Białowieża zu begeben. In der Begleitung des Ministerpräsidenten befinden sich Staatssekretär Körner, Oberjagdmeister Scherping und Oberjagdmeister Menche.

Freiwilligenverbot ab 20. Februar.

Land- und Seelontrolle ab 6. März.

DNB London, 15. Februar.

Die für Montag anberaumte Sitzung des Gemischten Unterausschusses der sechs Mächte, die sich mit der portugiesischen Frage befassen sollte, wurde vertagt.

Unmittelbar danach trat der Unterausschuß des Vorkriegenden des Richtenmischungs-ausschusses zusammen. Die in dem Ausschusse vertretenen Mächte kamen in der Sitzung überein, daß das Freiwilligenverbot ab 20. Februar mitternachts in Kraft treten soll und daß der vom Ausschusse beratene Plan einer Land- und Seelontrolle vom 6. März mitternachts an in Gang gesetzt werden soll. Dieser Beschluß wird bereits am Dienstag dem Gesamtausschuß zur allgemeinen Annahme vorgelegt werden. Der Unterausschuß des Vorkriegenden ging dabei von der Erwartung aus, daß sich für die Einzelheiten des Kontrollplanes, wegen der noch gewissen Schwierigkeiten bestehen, die u. a. in einem portugiesischen Vorbehalt zum Ausdruck gekommen sind, eine befriedigende Lösung finden wird.

Der Madrider „Verteidigungsausschuß“ fleht um Hilfe.

DNB Paris, 15. Februar.

Am Sonntag sind drei Mitglieder des sogenannten „Verteidigungsausschusses“ nach Valencia abgereist, um den holländischen Generalkonsul in Valencia einen vom „Verteidigungsausschuß“ abgefaßten Brief zu überreichen, in dem die Angst um die Lage der Hauptstadt deutlich zum Ausdruck kommt. In ihm wird die sofortige Einberufung der „Dienstpflicht“ gefordert; denn, so heißt es, auf diese Weise könne man zur Verteidigung der Hauptstadt noch die große Reserve der Madrider Bevölkerung einlegen, während man gleichzeitig die „verdächtigen Elemente“ auf diese Weise ausmerzen könne. Außerdem wird in dem Brief gefordert, daß sofort an allen Fronten Großangriffe unternommen würden, um den Druck der Nationalen auf Madrid abzuschwächen.

33400 Franzosen bei den spanischen Bolschewisten.

DNB Paris, 15. Februar.

„Le Jour“ befragt am Sonntag die Zahl der französischen Freiwilligen im Lager der spanischen Bolschewisten auf Grund der Zählungen am der französisch-spanischen Grenze auf etwa 33400. Wenn diese Männer, so schreibt das Blatt, aus eigenem Willen nach Spanien gegangen wären, um dort zu kämpfen, so könnte man sie ihrem Schicksal überlassen. Aber nach übereinstimmenden Nachrichten, die aus allen Teilen Frankreichs und Spaniens eintreffen, handelt es sich um einen wahren Menschenhandel, der in Frankreich getrieben werde und den die Regierung dulde. Diese Regierung lasse es zu, daß man die französische Arbeiterjugend mit den gemeinsten Mitteln anwerbe, und diese christlichen und großherzigen Jungen ließen sich in Spanien für die „Gepensengänge“ der spanischen Bolschewisten frachten.

Die Ausführungen des „Jour“ entsprechen den Tatsachen. Es trifft zu, daß die meisten „Freiwilligen“ unter Vorpiegelung falscher Tatsachen nach Spanien geschickt werden und erst, wenn es zu spät ist, feststellen müssen, daß sie graulich betrogen



Oberjäger Meergans Deutscher und Heeresmeister 1937.

Bei den Deutschen und Heeresskimeisterschaften in Altenberg im Erzgebirge spielten sich beim Sprunglauf am letzten Tage harte Kämpfe ab. Der vorjährige deutsche Meister Willi Bogner-München wurde, die Sensation des Tages, von dem Hirschberger Oberjäger Meergans im Sprunglauf geschlagen. Reichssportführer von Tschammer und Osten, der den Kämpfen am Schlußtag beiwohnte, gratulierte auf dem Schanzentisch dem neuen deutschen Meister Meergans; links neben von Tschammer Baron le Fort. (Photo: Scherl).

